

Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Aus dem Inhalt

Keldentum der Illegalen	Seite 2
Schacht gegen Dr. Ley	Seite 4
Olympiade 1936	Seite 5
Reichstag der Vierzigjährigen	Seite 5

Nummer 59 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Sonntag Montag, 11./12. März 1934 Chefredakteur: M. Braun

Wettrüsten wie nie zuvor!

Wenn die Abrüstungskonferenz erfolglos ist...

London, 10. März 1934.

Die Warnung Baldwin im Unterhaus, daß England bei einem Fehlschlag der Abrüstungsbestrebungen aufrüsten müsse, wurde in drei Ministerreden am Freitagabend wiederholt und unterstrichen.

Schatzkanzler Chamberlain erklärte bei einem konservativen Feste in Birmingham: Wenn die Abrüstungskonferenz mit einem völligen Zusammenbruch endige und die europäischen Staaten wieder ein Rüstungswettrennen einleiten sollten, dann werde England für seine Verteidigung die Ausgabe viel größerer Summen als bisher ins Auge fassen müssen. Es sei allerdings viel zu früh, die Unmöglichkeit einer Vereinbarung anzunehmen. Chamberlain dementierte die Behauptungen, daß die englische Regierung ein großes Schicksal plane, das viele Millionen Pfund kosten würde und im Herbst dieses Jahres eingeführt werden sollte.

Sehr deutlich sprach auch der englische Innenminister Sir John Gilmour in Cardiff. Möglicherweise, so sagt er, könne der englische Plan nicht voll durchgeführt werden. Die englische Regierung werde aber ihr Hauptaugenmerk auf den Ausgleich der Luftrüstungen richten. „Wir beschäftigen uns zur Zeit mit diesem Problem. Wenn wir auf die Dauer herausfinden, daß unsere Nachbarn auf dem Festlande und in dieser Angelegenheit nicht entgegenkommen wollen, dann werden wir mit großem Bedauern Schritte zum Schutze unseres Volkes unternehmen müssen.“

Der Erste Kommissar für öffentliche Arbeiten, Minister Oswald Gore, sagte, daß England sich um den Abschluß eines begrenzten Abkommens, und zwar um ein Luftabkommen, bemühen werde, wenn die Staaten eine allgemeine Abrüstungsvereinbarung nicht wünschten. Sollte England eine bedeutende Begrenzung der internationalen Luftrüstungen nicht erreichen, dann könnte die gegenwärtige zweitklassige Stellung Englands nicht länger zugelassen werden. „Für jeden Flieger und für jedes Flugzeug, die irgendeiner der Nachbarn Englands in Europa ausbilde bzw. baut, würden wir ebenfalls einen Flieger ausbilden und ein Flugzeug bauen.“

Todesstoß gegen Englands Denkschrift

Das verzweifelte Suchen nach Rettung für die sterbende Abrüstungskonferenz

London, 10. März. Der Brief des französischen Außenministers Barthou vom 10. Februar an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson (wir verweisen auch auf den Aufsatz „Hendersons Dokumente“), wird von der englischen Presse als Hauptpunkt der gestrigen Völkerbundsveröffentlichungen in längeren Auszügen wiedergegeben. Dieses Schreiben, so sagt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“, ist der offizielle und kategorische Todesstoß für die Simon-Denkschrift. „Daily Mail“ meint, das Schriftstück zeige mit schmerzlicher Klarheit, daß eine Einigung zwischen den Mächten unwahrscheinlich sei. Bedeutung mißt das Blatt auch der Anregung Simons in seinem Brief an Henderson bei, daß möglicherweise ein „Zwischenstadium“ zwischen den bisherigen Verhandlungen und eine Rückkehr nach Genf eingeschaltet werden soll. Im Zusammenhang hiermit werde in Genfer Meldungen wiederum die Möglichkeit einer begrenzten Rüstungskonferenz außerhalb Genfs — als Konferenzorte werden Lausanne oder Stockholm genannt — aufgeworfen, zu der die vier betroffenen Großmächte einschließlich Deutschland, ferner Amerika, Rußland und Japan, die kleine Entente, Polen und Spanien eingeladen werden sollen. Das Blatt beurteilt jedoch die Aussichten für die Abhaltung einer solchen Konferenz äußerst schlecht. Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ wie auch „New Chronicle“ heben hervor, daß der Konferenzgedanke weitgehend von dem Erfolg oder Mißerfolg der Rundreise Edens abhängig gemacht worden sei und daher zur Zeit nicht mehr aktuell sei. In Genf werde die Einberufung einer solchen Konferenz für unwahrscheinlich gehalten, da sie mit ziemlicher Sicherheit ihren Zweck verfehlen würde. Als nächster Schritt werde daher die Einberufung der Abrüstungskonferenz erwartet. Nur der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Herald“ meint, daß gerade der Fehlschlag der

Frankreichs Sicherheitsorgen

Um die Luftrüstung

Paris, 10. März. Vor dem Kammerauschuss für Luftfahrtfragen äußerte sich Luftfahrtminister General Denain über den Stand des Heeresflugmaterials und gab die vorgesehene Maßnahmen zur Verbesserung dieses Materials bekannt. Der Ausschuss beschloß, den Luftfahrtminister aufzufordern:

1. energisch die Modernisierung des zivilen und militärischen Flugmaterials in Angriff zu nehmen;

2. die Reorganisation des Luftfahrtministeriums und die Zusammenarbeit zwischen der Heeresluftfahrt und der zivilen Luftfahrt durchzuführen;

3. keine endgültigen Verpflichtungen hinsichtlich der Fragen zu treffen, die die zivile Luftfahrt angehen. (Handels- oder Touristen-Flugwesen, neu zu eröffnende Verkehrslinien in Nordafrika, Betrieb der Straße Afrika—Südamerika), ohne vorher diese Fragen dem Ausschuss unterbreitet zu haben.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Bereitstellung von 2000 Millionen Franken für Rüstungszwecke im Rechnungsjahr 1934/35 vorsteht.

Politische Brandstiftung

Zwischen Japan und Rußland

Moskau, 10. März. Die Telegrafagentur der Sowjetunion verbreitet eine Meldung aus Chabarowsk, dort seien Nachrichten aus Chabin eingetroffen, wonach angeblich eine japanische Abteilung unter dem Vorwand des „Kampfes mit dem Banditenunwesen“ Wohn- und Bürogebäude der Waldkonzeption der Njchninabahn in Brand gesetzt habe. Trotz aller Maßnahmen sei es nicht gelungen, die Konzeption vor der Feuerbrunst zu retten. Eine Reihe Gebäude und große Bestände bearbeiteter Hölzer seien verbrannt. Nach vorläufigen Schätzungen betrage der Schaden Zehntausende von Goldrubel.

Die amerikanische Flugzeugfabrik Wright hat von Rußland Bestellungen auf Flugzeugmotoren im Werte von 24 Millionen Dollar erhalten. Für 200 000 Dollar Motoren sind bereits geliefert worden.

bisherigen Abrüstungsbesprechungen die Einberufung einer neun- oder zehnmächtkonferenz in Stockholm wahrscheinlich mache. Aus den Völkerbundsveröffentlichungen gehe klar hervor, daß die Besprechungen fehlschlagen seien und ein anderer Weg gefunden werden müsse.

Gleichzeitig wird von wenigen Blättern auch die Möglichkeit einer besonderen Konferenz über die Luftstreitkräfte erwähnt. Sir Vernon Harcourt vertritt im „News Chronicle“ die Ansicht, in der Whitehall bestünde eine Anregung, daß die Frage der Luftstreitkräfte gesondert von den anderen Rüstungen besprochen werden könnte. Der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meint, daß England die Einberufung einer Weltkonferenz erwäge, falls die Abrüstungskonferenz endgültig zusammenbrechen sollte. Ferner trage sich die englische Regierung mit dem Gedanken einer Konferenz der Dominionsvertreter, um die Verteidigung des englischen Weltreiches zu erörtern.

London erobert

Labour-Mehrheit im Londoner Rathaus

London, 10. März. Bei den Kommunalwahlen hat die Arbeiterpartei einen noch viel größeren Sieg errungen, als zunächst zu übersehen war. Das endgültige Ergebnis lautet: Konservativ 55 (88), Arbeiterpartei 69 (65), Liberale 0 (6) Sitze.

Damit hat die Arbeiterpartei zum ersten Male die Mehrheit errungen. Das Ergebnis dürfte auf die innerpolitische Entwicklung ganz Englands von Einfluß sein. Die Regierung MacDonalds sieht ihre Autorität dahinschwinden.

Der hitlerfreundliche Presselord Beaverbrook hat höchst persönlich in den Kampf eingegriffen, um die Schlacht zu-

Gestern und heute

Herr Hitler läßt durch seinen Verlag Franz Eher sonderbare Dinge in die Welt setzen. Er behauptet nämlich, sein Buch „Mein Kampf“ sei ein pazifistisches Buch.

Wir haben es auch nicht geglaubt, aber Hitler, durch Franz Ehers Mund beweist es uns. Sofern wir die ehernen Worte des Führers als Beweis betrachten dürfen. Nämlich, höchst ärgerlich über die Uebersetzung des politischen Standardwerkes aller Deutschen ins Französische, hat der Verlag nicht nur beim Pariser Kadi geklagt, sondern zwingt auch per Auflage die deutsche Presse, in ihren mehr oder weniger unschuldigen Spalten folgendes zu drucken:

„In Wahrheit handelt es sich bei den Stellen des Buches, denen die Worte und Satzteile entnommen sind, um eine Auseinandersetzung mit innerpolitischen Gegnern, die dem Führer mangelndes Interesse an der Wiedergewinnung verlorener Gebiete vorwarfen. Der Autor weist demgegenüber darauf hin, daß die Frage zu ernst sei, um durch leichtfertige Agitation gelöst zu werden, und lehnt Gewaltanwendung für dieses Ziel ab. Die theoretische Möglichkeit eines gewaltsamen Konflikts wird im Buche nur im Zusammenhang mit der damals akuten Frage der Rheinlandbesetzung erörtert.“

Da kommt davon, daß die Franzosen kein Deutsch können! Da schreibt nun der Führer extra ein Friedensbuch, lehnt jede Gewaltanwendung ab, ganz theoretisch, versteht sich — und der unwissende Uebersetzer mißversteht die herrlichsten, friedlichsten Stellen. Zum Beispiel folgende:

„Unterdrückte Länder werden nicht durch flammende Proteste in den Schoß eines gemeinsamen Reiches zurückgeführt, sondern durch ein schlagkräftiges Schwert.“ (S. 689).

Oder: „Dieses an sich immer mehr der Verneinerung anheim fallende Volk bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine lauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas... Was Frankreich, angespornt durch eigene Rachsucht, planmäßig geführt durch den Juden, heute in Europa betreibt, ist ein Sünde wider den Bestand der weißen Menschheit und wird auf dieses Volk dereinst alle Rachegeister eines Geschlechts hegen, das in der Rassenchande die Erbsünde der Menschheit erkannt hat.“ (S. 705).

Oder: „Erst wenn dies in Deutschland vollständig begriffen sein wird, so daß man den Lebenswillen der Nation nicht mehr in bloß passiver Abwehr verkümmern läßt, sondern zu einer endgültigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammenrafft und in einen letzten Entscheidungshampf mit deutscherseits größten Schlußzielen hineinwirft: erst dann wird man imstande sein, das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns und Frankreich zum Abschluß zu bringen; allerdings unter der Voraussetzung, daß Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können.“ (S. 766/7).

Denn: „Im ewigen Kampf ist die Menschheit groß geworden — im ewigen Frieden geht sie zugrunde.“

Wenn das noch nicht friedlich genug ist, den sollte man zur Strafe das Buch des Führers ins Deutsche übersetzen lassen. Denn — wir sind ja selbst ein bißchen in Verlegenheit, aber es hilft nichts, die Welt muß es endlich erfahren, damit die ewigen blöden Mißverständnisse aufhören: nichts an dem klassischen Buch des Führers ist kriegerisch oder blutdürstig; erst das schlechte Deutsch macht es dazu.

Und der Reichskanzler Hitler, der beim französischen Kadi geklagt hat, ist nunmehr wirklich auf dem richtigen Wege. Er sollte auch bei einem deutschen Gericht eine einstweilige Verfügung erwirken, die es dem Verfasser von „Mein Kampf“ verbietet, die friedlichen Absichten des Reichskanzlers noch weiterhin durch seine minderwertigen literarischen Leistungen zu gefährden.

Argus,

gunsten der Konservativen zu entscheiden. Er schimpfte im Stille des Höbbels. Das Auftreten des Presselords, der sich am Tage vor der Wahl dazu hinreißt ließ, die Arbeiterführer Strolche zu nennen, hat der bisherigen Majoritätspartei, die über Groß-London mehr als zwanzig Jahre hindurch ununterbrochen geherrscht hat, wohl eher geschadet. Das Triumphgefühl der Arbeiterpartei nach ihrem erbaulichen Siege ist natürlich sehr groß. Durch ihn wird die Persönlichkeit des Organisations des Kampfes auf der Labourseite, Herbert Morrison, stark in den Vordergrund gerückt. Morrison ist 46 Jahre alt und war im letzten Labourkabinett Beauftragter gewesen. Er ist kein sehr eindrucksvoller Redner, doch gilt er unter den jüngeren Labourführern als einer der Begabtesten.

Heldentum der Illegalen

Viele Jahre Zuchthaus und Gefängnis für Sozialdemokraten

Eine amtliche deutsche Meldung lautet:

Dresden, 9. März.

Das Sondergericht für das Land Sachsen verurteilte nach vierjähriger Verhandlung von 41 Angeklagten neun wegen Fortführung der SPD und Verbreitung verbotener Druckschriften zu Zuchthausstrafen von 1-4 Jahren. Die übrigen bis auf zwei, die freigesprochen wurden, wurden zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren drei Monaten verurteilt. Die Angeklagten hatten sich u. a. mit der Einfuhr und Verbreitung des in Prag von marxistischen Emigranten herausgegebenen „Neuen Vorwärts“ befaßt und, um ihre Organisation zu verschleiern, in Dresden eine Tabakhandlung gegründet, wofür die Mittel von Emigranten zur Verfügung gestellt worden waren. Diese Mittel stammten zum Teil aus nach der Tschechoslowakei mitgenommenen Parteigeltern der SPD. Einzelne Verurteilte hatten die erhaltenen Gelder auch im eigenen Interesse verwendet.

Den Schlußsatz dieser Meldung unterstreichen wir. Er kennzeichnet die Schufigkeit, mit der der Nachrichtenapparat im „dritten Reich“ arbeitet. Selbst Arbeiter, die im laientesten Idealismus Freiheit und Leben für ihre Ueberzeugung wagen, sollen diffamiert werden, wenn sich die Rertertüren hinter ihnen schließen. Niemand wird den Verleumdungen glauben. Wer ein Wagnis auf sich nimmt, wie unsere Freunde in Dresden, tut es nicht, um ein paar Groschen für sich zu ergattern. Solches Helden- und Märtyrertum schließt Untreue aus.

Bemerkenswert ist, daß die Reichsregierung ihre Taktik, die illegale Arbeit der Sozialdemokratie totzuschweißen, seit einiger Zeit aufgegeben hat. Insbesondere aus außenpolitischen Gründen wurde bis vor kurzem nur von „Kommunisten“ gesprochen, wenn irgendwo Illegalen hochgingen. Man brauchte den Bolschewistenfremden, um dem Auslande vorzumachen, es gebe in Deutschland nur noch Faschisten und Kommunisten. Seit einigen Monaten ist aber die illegale Be-

tätigung gerade der Sozialdemokratie so planmäßig und wirksam, daß die Reichsregierung wohl oder übel diese Arbeit nicht mehr ohne weiteres den „Kommunisten“ zuschreiben kann.

In vielen Exemplaren geht wöchentlich eine für die illegale Arbeit der Sozialdemokratie bestimmte Zeitschrift „Sozialistische Aktion“ auf sicheren Wegen an allen Grenzen ins Reich. Sie ist auf hauchdünnem Papier gedruckt und läßt sich daher leicht verbergen und verbreiten. Die Männer und Frauen, die diese Zeitschrift ins Volk bringen, sind keineswegs alle Sozialdemokraten früheren Stils, wenn auch naturgemäß ein Hauptteil der Illegalen Radikals aus geschulten Sozialdemokraten besteht. Das Erfreuliche an der Bewegung ist gerade, daß viele junge Kräfte, die sich bisher der Sozialdemokratie verschlossen hatten, nun zu ihr stoßen. Diesen jungen revolutionären Sozialisten verschlägt es nichts, wenn einmal dieser oder jener Aufsatz in der illegalen Zeitschrift ihren Ideen nicht ganz entspricht. Sie wissen, daß es jetzt und zunächst darauf ankommt, alle Widerstandskräfte gegen die faschistische Diktatur zu sammeln und zu beleben. Diese jungen Menschen verrichten Wunder an Tapferkeit und sind dabei zumeist von großer taktischer Vorsicht. Mißtrauisch sind sie gegen alle, die in radikalen Worten schwelgen. Ihre Arbeit wird schweigend mit tiefem Ernst und heiliger Opferbereitschaft getan.

Diese in mancherlei geistigen Abstufungen über das ganze Reich verbreitete neue Organisation, die noch wenig einheitlich ist und deren Einzelgruppen oft nicht voneinander wissen, hat eines gemeinsam: Sie grenzt sich streng gegen andere Illegalen, auch gegen Kommunisten, ab. Nicht, weil sie deren Arbeit herabwürdigen möchte, sondern weil diese unsere Freunde ihre Mitarbeiter genau kennen wollen und noch ihren Erfahrungen die Gefahr gerade unter den scheinbar radikalsten die meisten Spittel hat. Wir registrieren diese Tatsache aus vielen Gesprächen mit Illegalen, die in dieser Auffassung alle einer Meinung sind.

Die Schreckensurteile, die gegen unsere tapferen Freunde gefällt werden, sind fürchterlich. Abschrecken werden diese harten Strafen nicht. Das ist das große Wunder, aus dem der Wille zum Siege erwächst.

Händen der geflüchteten sozialdemokratischen Führer befinden.

„Staatsfeinde“

Auch in Oesterreich

Wien, 10. März. Gegen fünf geflüchtete Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes sind Steckbriefe erlassen worden. Der österreichische Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung neue Maßnahmen gegen „Staatsfeinde“ beschlossen, u. a. die Entlassung von privaten Arbeitnehmern wegen staats- oder regierungsfeindlicher Betätigung.

Russische Hilfe

Die Arbeiter der Sowjetunion sammelten für den Unterstützungsfonds für die österreichischen Arbeiter, die ein Opfer des Faschismus wurden, bereits 1 Million Schilling. Der Zentralrat der Gewerkschaften eröffnete ein spezielles Bankkonto für die täglich einlaufenden Geldbeträge aus allen Teilen der USSR. Das Präsidium des Zentralen Gewerkschaftsrates beschloß, durch die Sowjetunion der roten Hilfe eine Million Schilling an die Arbeiteropfer des Faschismus zu überweisen.

derungen der Demonstration befanden sich auch Anträge auf Neueregung des amerikanischen Anspruchs für Flüchtlinge. Scharf wurde auch protestiert gegen die Hitlerpropaganda und die Spionage der deutschen Konsulate.

Der deutsche Botschafter Luther war wegen dieser Kundgebung, zu der man ihn übrigens eingeladen hatte, in große Erregung geraten. Er wandte sich in einer Protestnote beim Staatsdepartement vor allem gegen die Erklärung des Senators Studens, wonach Hitler durch die Kundgebung wegen Verbrechens gegen die Zivilisation verurteilt worden sei. Man zeigte Luther jedoch die kalte Schulter, das Staatsdepartement erklärte, keine Möglichkeit zu einer Intervention zu besitzen. Schon vor der Kundgebung hatte Luther auf seine Beschwerde eine ähnliche Abweisung erfahren, die Regierung erklärte ihm, daß es sich um eine Veranstaltung von Privatleuten handele, in die sie sich nicht einmischen könne.

beinahe — kommunist! Warum, um Gottes willen, haben Sie nicht ein Biergespräch gemacht mit Hinzunahme eines „Juden“? Das hätte gewirkt! Vielleicht holen Sie das noch nach!

Sollten Sie weitere Anregungen brauchen, so stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. In diesem Sinne ganz ergebenste
Unterschrift.

Die Opposition meldet sich

Saarbrücken, 10. März. Seit einiger Zeit hat sich an der Saar eine Gruppe oppositioneller Nationalsozialisten gebildet, die jetzt die erste Nummer einer Zeitschrift „Die schwarze Fahne“ herausgebracht hat. Das Blatt nimmt in bemerkenswerter Weise Stellung zu den Kämpfen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung an der Saar.

Wachsende Verstimmung im Vatikan

Das gebrochene Konkordat

Rom, 10. März.

Die Berliner Meldung, daß Herr von Papen wegen seiner Erkrankung möglicherweise nicht an der römischen Tagung der Katteler-Mitter teilnehmen könne, hat eine besondere Ursache. Die Mission Papens sollte dazu dienen, den Frieden zwischen der Hitler-Regierung und der katholischen Kirche wieder herzustellen. Im Vatikan beobachtet man jedoch gegen Papen seit dem Abschluß des deutschen Konkordats ein gewisses Mißtrauen. Papen hatte damals der Kurie zahlreiche beruhigende Zusicherungen gegeben, die später nicht gehalten worden sind. Infolgedessen dürfte er heute nicht mehr der geeignete Unterhändler zwischen Berlin und dem Heiligen Stuhle sein.

Man macht hier kein Geheimnis daraus, daß die Audienz des Kardinal-Erzbischofs Schulte von Köln bei Hitler völlig ergebnislos verlaufen ist. Ebenso vergeblich wartet der Vatikan bis jetzt auf die Rückkehr des bisherigen deutschen Unterhändlers, des Ministerdirektors im Reichsinnenministerium, Buttman (der übrigens Protestant ist). Die deutsche Taktik scheint darauf hinauszulaufen, durch längeres Ärgern die Kirche in Schwierigkeiten zu bringen. Dabei spielt anscheinend auch die Drohung mit einer Einstellung der staatlichen Zuschüsse eine Rolle.

Das Neueste

Das Schnell-Schiffengericht in Stuttgart verurteilte den Geschäftsführer der Winterhilfskommission Gaukauf wegen Veruntreuung von Winterhilfsgeldern zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Der deutsche Schwererewichtler im Boxen Vincenz Hoyer verteidigte am Freitagabend seinen Titel gegen sein Wälder mit Erfolg und blieb nach 12 Runden überlegener Punktgewinn.

Im Verlaufe der Nacht zum Samstag führte die Rettungsmannschaft auf Grube Karthens-Zentrum bei Neuzin den Kampf gegen Kohle und Gestein mit allen Mitteln weiter. Bisher leider ohne weiteren Erfolg. Der im Gestein eingeschlossene Hauer Kopol konnte trotz aller Bemühungen noch nicht freigelegt werden. Wie mitteilt wird, verzögern neue Schwierigkeiten die Rettungsarbeit.

Der Bezirksrat der Sozialisten des Seine-Departements hat mit 1006 Mandatsstimmen eine Entschlieung angenommen, die die Einheit als Aktionsgrundlage und das Bündnis mit der kommunistischen Partei empfiehlt. 1265 Mandatsstimmen entließen auf eine gemäßigter gehaltene Entschlieung und 489 auf eine noch schärfer gehaltene.

Dem „Journal“ wird aus St. Nazaire gemeldet, daß eine kürzlich in Genf verhaftete, aber wieder freigekommene Frau Eleonore Liebermann, die in La Baule Schmuckladen im Werte von 125 000 Franken gestohlen hatte, von der französischen, belgischen und österreichischen Polizei gesucht wurde. Es soll sich um eine der besten Sowjetpionieren handeln.

Die in Lagos verankert gemessenen englischen Kriegsschiffe unter dem Befehl des Admirals Kelly sind in Richtung nach Gibraltar angehalten, wo am 11. März Manöver beginnen. Das Geschwader des Admirals Kelly hat die Aufgabe, die Durchfahrt durch die Meerenge von Gibraltar zu erzwingen, die durch das englische Mittelmeer geschwader verteidigt wird.

Pressemeldungen zufolge hat das Londoner Polizeipräsidium alle Hilfspolizisten, die der faschistischen Bewegung Sir Oswald Moslems angehören, ihrer Poken entbunden. Obgleich eine amtliche Verordnung nicht erlassen wurde, ist den Hilfspolizisten die Zugehörigkeit zur faschistischen Bewegung untersagt worden, da die Zugehörigkeit zu dieser Bewegung nicht mit den polizeilichen Pflichten vereinbar sei.

Washington, Präsident Roosevelt hat die Alkoholeinfuhr bis auf weiteres aufgehoben und die unbeschränkte Einfuhr von alkoholfreien Getränken gestattet, um eine Senkung der einheimischen Getränkepreise zu erzielen.

New York, 10. März. Bei Cheyenne im Staate Wyoming kürzte am Freitag wieder ein von einem Militärschiff gegeführtes Postflugzeug ab und verbrannte. Der Führer und sein Beifahrer, gleichfalls ein Militärschiff, wurden getötet. Damit ist die Zahl der blöher bei der Verlennung von Postflugzeugen ums Leben gekommenen Militärschiffe auf 19 gestiegen.

Aus Havana wird gemeldet: Die Regierung hat eine Verordnung vorbereitet, die im Falle des Generalkriegs eine Militarisierung der öffentlichen Dienste vorsieht.

Am schwedischen Ministerrat am Freitag teilte der Kronprinz, der in Abwesenheit des Königs die Regentschaft ausübt, mit, daß Prinz Sigward durch seine Ehe mit einer Bürgerlichen sein Erbrecht verliert und seiner Titel und Vorrechte, die er als Erbprinz genossen habe, verlustig gegangen sei. Der Ministerrat stimmte dieser Maßnahme zu. Der Kronprinz erklärte, daß Prinz Sigward künftig den Familiennamen Bernadotte führen dürfe.

Spitzelsumpfi

Wie überall

Paris, 10. März. Der Ausdrück Mafia ist in Zusammenhang mit der Ermordung des Gerichtsrats Prince, die noch immer nicht aufgeklärt ist, in aller Munde. Ein bekannter Autor von Kriminalromanen lauscht heute in einem Artikel im „Excelsior“ hinter die Kulissen der Polizei-Angelegenheiten in Frankreich. Er erklärt, daß dem Schatz seiner Erfahrungen, daß die französische Polizei mit Angebern arbeite, die zu feinen Bestizen von monatlich 200 bis 10 000 Franken angehalten seien. Andere Angeber, auch aus der Unterwelt, würden sozusagen in Sachleistungen entlohnt, d. h. durch Vergünstigungen, Erlass eigener Gefängnisstrafen, dadurch, daß die Behörde beide Augen zudrückt gegenüber von Bestizken usw. Der Kriminalromanautor fügt dann urteilend hinzu, daß so eine ganze Kundtschaft entstehe, die durch ihre Angelegen von den Verbrechern anderer leben. Diesen Vorten sei alles erlaubt, weil sie zu viel wähten und große Dienste leisteten.

Der sozialistische „Populaire“ veröffentlicht den angeklagten Text eines Briefes, den der Polizeinspektor Bong am 3. Februar 1934 über die von ihm vorangemommene erste Vernehmung von Frau Stavitska an seine vorgesetzte Behörde schrieb und in dem in Fragestellung angegeben wird, ob nicht ein mit Polizeipräsident Glayette angehaunter Buchmacher Jonathan Frau Stavitska telefonisch gebeten habe, ob sie ihre Aussage nicht noch ändern könne.

Wenn's wahr ist . . .

. . . ein Bravo den Oesterreichern

Wien, 10. März. Die polizeiliche Untersuchung bei der Geschäftsführung der Sozialdemokratischen Partei in Wien hat jetzt ergeben, daß fast fünf Millionen Schilling Gewerkschaftsgelder ins Ausland „verschoben“ worden sind.

So hat der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete König in Zürich einen Betrag von 1,8 Millionen Schilling abgehoben. Die Gewerkschaft Post- und Telegrafengewerkschaft hatte einen Betrag von 100 000 Schilling nach Bern „verschoben“. Dieser Betrag ist von einer Berner Bank an den sozialdemokratischen Führer Raier ausgehändigt worden. Der bekannte sozialdemokratische Führer Adler hob in Zürich 48 000 Schilling, ein anderer Sozialdemokrat 166 000 Schilling in Utrecht ab. Der Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter in Wien hat den Pensionsfonds mit 1 945 000 Schilling nach Zürich „verschoben“. Dieser Betrag ist gleichfalls bereits von Sozialdemokraten abgehoben worden. Gleichfalls ist ein größerer Betrag der Post- und Telegrafengewerkschaften, der Konsumgenossenschaften in Wien und Umgebung in das Ausland verschoben worden und bereits von Sozialdemokraten abgehoben worden. Die Regierung setzt die eingehende Untersuchung der Geschäftsabwicklung der Arbeiterpartei noch fort, da allgemein angenommen wird, daß noch weit größere Summen Gewerkschaftsgelder ins Ausland gebracht worden sind, die sich nicht in den

Zivilisationsprozeß gegen Hitler

20 000 Amerikaner nehmen daran teil — Luther protestiert vergeblich

Die stark in Amerika die Abneigung gegen das „dritte Reich“ und seinen Terror ist, das bewies eine Kundgebung in New York, die durch die Eigenart ihrer Organisation und durch die gewaltige Anzahl der Teilnehmer ungeheures Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte. Die Demonstration wurde als Zivilisationsprozeß gegen Hitler durchgeführt und ihr Hauptsprecher war kein anderer als der frühere amerikanische Unterstaatssekretär Hamilton Nolan. „Ich hasse Hitler, weil er meinen menschlichen Brüdern die Gerechtigkeit versagt, weil er ein Feind meines Landes und meines Rechtes, ein freier Mann zu sein, ist.“ Unter den zwanzig Rednern befanden sich auch der New Yorker Bürgermeister La Guardia und der frühere Gouverneur Al Smith. Eine Entschlieung des Senators Tammings in der es heißt, daß das politische System, das zur Zeit in Deutschland herrsche, einen veralteten und barbarischen Despotismus darstelle, wurde unter jarmischen Kundgebungen angenommen. Unter den For-

Brief an Göbbels

Ein Deutscher hat aus Nizza folgenden Brief an das Reichspropagandaministerium gerichtet und uns zur Veröffentlichung übergeben:

Sie haben über alle deutschen Sender — selbstverständlich auch nach Afrika — einen ganz rührenden Fleck geschendet, in dem sich drei — selbstverständlich Original-Saarländer — verschiedenen Glaubens und verschiedener politischer Richtungen die Hände gereicht und den gemeinsamen Kampf für „unser“ Deutschland beschlossen haben. Ich versichere Sie: Es sind einem die tiefen Tränen heruntergelaufen!

Bitte beantworten Sie mir aber die eine, selbstverständlich ganz beschiedene Frage: Es waren: Ein Katholik, ein Protestant und ein — die Schreibmaschine straubt sich

Hendersons „Dokumente“

Hinter den Kulissen der Abrüstung

DPA, Genf, 9. März.

Um die Mittagsstunde wurde in Genf gleichzeitig mit der Veröffentlichung in den wichtigsten Hauptstädten eine Dokumentensammlung auf Veranlassung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz veröffentlicht, die sich mit den Verhandlungen der Großmächte befaßt, die in den Monaten an Stelle der Abrüstungskonferenz stattgefunden haben.

Die Dokumentensammlung enthält zunächst eine Vorbemerkung und zwei einleitende Briefe Hendersons. Als Antwort auf die Bitte des Präsidenten, ihm Auskünfte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen für den Standpunkt der einzelnen Regierungen zu übermitteln, folgt dann das von Grandi am 7. Februar in London Henderson übergebene italienische Memorandum, ferner das am 9. Februar mit einem Brief des britischen Außenministers überreichte britische Abrüstungsmemorandum und der Wortlaut der Ausführungen Sir John Simons am 6. Februar 1934 vor dem Unterhand.

Frankreich

Im Anschluß hieran sieht man, daß der französische Außenminister Barthou am 10. Februar Henderson neben dem französischen Abrüstungsmemorandum vom 1. Januar 1934 auch die beiden deutschen Stellungnahmen zum Abrüstungsproblem vom 18. Dezember 1933 und vom 19. Januar 1934 überhand hat. Barthou faßt in seinem Begleit Schreiben den französischen Standpunkt nochmals kurz zusammen.

Diese Zusammenfassung enthält nichts Neues. Es wird nur nochmals betont, daß die französische Regierung keine sofortige Verminderung ihrer Rüstungen vornehmen könnte, die mit einer gleichzeitigen Wiederbewaffnung qualitativer Art der durch die Friedensverträge gebundenen Staaten verknüpft sein würde. Der französische Außenminister weist ferner darauf hin, daß Frankreich besonderen Wert auf praktische Bürgschaften für den Fall der Verletzung des abzurückenden noch Aussicht Barthous eine schnelle Entscheidung über

Die gegenwärtigen Umstände und vor allem die Befestigung des Tempos, mit dem gewisse Staaten ihre Aufrüstungen in Widerspruch mit den Verträgen betrieben, fordern nach Ansicht Barthous eine schnelle Entscheidung über die der Abrüstungskonferenz vorzulegenden Fragen. Schließlich erwähnt Barthou noch, daß ein Vergleich der Heeresstärken nur möglich sei, wenn man von der Heeresstärke die Reserve abzieht, die nach seiner Meinung unzweifelhaft einen militärischen Charakter trägt.

In der Veröffentlichung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz wird dann festgestellt, daß das Präsidium der Abrüstungskonferenz am 13. Februar in London von diesen hier unterbreiteten Dokumenten Kenntnis genommen hat. Wie schon bekannt, kam man zu dem Entschluß, daß die erzielten Erfolge die Wiedereinberufung des Präsidiums zu einem näheren Zeitpunkt nicht rechtfertigen würden und daß man weitere Versuche, insbesondere die Verhandlungen Eben zur Beseitigung der bestehenden Gegensätze, noch abwarten müsse. Aus diesem Grunde sei der Wiederzusammentritt des Präsidiums der Abrüstungskonferenz auf den 10. April festgelegt worden.

Schließlich enthält die von Henderson veröffentlichte Dokumentensammlung noch die französische Antwort an Deutschland vom 14. Februar, die, wie die übrigen Dokumente, mit Ausnahme des Briefes Barthous, schon bekannt ist, und ein Aide Memoire der amerikanischen Regierung, das am 10. Februar 1934 durch den amerikanischen Gesandten in Bern, Wilson, dem Generalsekretär des Völkerbundes mit einem kurzen Anschreiben übermittelt worden ist.

Amerika

Das amerikanische Memorandum, das im Wortlaut noch nicht bekannt geworden ist, beschäftigt sich mit dem britischen Memorandum vom 9. Januar. Es betont, daß die Vereinigten Staaten in vielen Punkten mit den britischen Anregungen sich einverstanden erklären könnten. In anderen Punkten seien sie der Meinung, daß die englischen Vorschläge im Hinblick auf die tatsächliche Abrüstung nicht so weit gehen wie es in Aussicht genommen war.

Die amerikanische Regierung betont dann, daß sie es für das Wichtigste halte, die Verteidigungskräfte jedes Staates zu härken und gleichzeitig die Angriffskraft zu vermindern.

Die Erreichung dieses Zieles könne man auf verschiedenen Wegen anstreben: Durch Abschaffung der hauptsächlichsten Angriffswaffen, durch eine automatische und dauernde Kontrolle und schließlich in Verbindung mit einem allgemeinen Abrüstungsabkommen, durch einen weltumfassenden Nichtangriffspakt, der die Verpflichtung enthält, das Gebiet seines anderen Staates in Verletzung der Verträge mit Armeen zu überschreiten.

Deutschland

Die in der Hendersonschen Dokumentensammlung erwähnte deutsche Denkschrift vom 18. Dezember 1933 stellt zunächst fest, daß an eine Durchführung einer wirklichen Ab-

rüstung gegenwärtig nicht mehr zu denken sei und daß sie sich an diese Realität halten müsse. Deutschland macht dann folgende Vorschläge:

1. Deutschland erhält die volle Gleichheit der Rechte.
2. Die stark bewaffneten Staaten verpflichten sich, ihren gegenwärtigen Rüstungsstand nicht zu überschreiten.
3. Deutschland verpflichtet sich, von der Gleichheit der Rechte nur einen so gemäßigten Gebrauch zu machen, daß kein Staat sich dagegen bedroht fühlen könnte.
4. Alle Staaten verpflichten sich gegenseitig zu einer humanen Kriegsführung und zum Nichtgebrauch bestimmter, gegen die Zivilbevölkerung gerichteter Waffen.
5. Alle Staaten nehmen eine gleichmäßige und allgemeine Kontrolle an.
6. Alle Staaten garantieren sich die Aufrechterhaltung des Friedens durch den Abschluß von Nichtangriffspakten.

Deutschland fordert dann eine Heeresstärke von 300 000 Mann und beansprucht eine Reihe von Jahren für die Umwandlung der Reichswehr. Die Defensionspläne dieser Armee müßten denen anderer moderner Heere entsprechen. Die Umwandlung der Reichswehr würde in keiner Weise die Art und den Charakter der SA und SS. berühren, da diese keine militärischen Verbände sind.

Die Saar

Die deutsche Note erwähnt noch, daß der Gedanke an eine Rückkehr des Saargebietes ohne Zustimmung die Erregung der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland vermeiden sollte, wie sie sich im Geleise einer Wahlkampagne zweifellos zeigen würde. Falls aber die französische Regierung diesen Standpunkt nicht annehmen könnte, so würde die Reichsregierung die Frage als erledigt ansehen.

Frankreich und Italien

„L'Oeuvre“ schreibt:

... Wird diese französisch-italienische Einmütigkeit bezüglich der Probleme in Mitteleuropa sich auch auf die Abrüstungsfrage erstrecken? Das wäre sehr wichtig, aber es scheint, als ob, wenigstens heute noch, eine abweichende Auffassung besteht. Wenn wir recht unterrichtet sind, empfand Mussolini, ebenso wie Frankreich, für das englische Memorandum nur wenig Neigung... Kraftvoll und realistisch, wie er ist, legte er einen italienischen Plan vor, den Hitler anscheinend fast unverändert annehmen will. Nach diesem Plan soll — wie man weiß — jeder sechs Jahre lang auf dem gegenwärtigen militärischen Rüstungsstand beharren; es handelt sich allerdings dabei nur um eine einfache „Pause“, da die Erzeugung der Waffentypen, natürlich unter der Bedingung, daß ihre Zahl niemals überschritten wird, dauernd erfolgen kann. Die Deutschen dagegen sollen diejenigen Verteidigungswaffen anschaffen, die ihrem Heer von 250 000 Mann entsprechen, über ihre militärischen Verbände, die alsdann entwaffnet werden müßten, sollen sie eine Kontrolle zulassen und sie dürfen die Jagd- und Bombenflugzeuge besitzen, die der Stärke ihres Heeres entsprechen. Schließlich müßte dieses Abkommen eine Garantie für die Durchführung erhalten, die durch eine internationale Kontrolle gewährleistet würde, da die Sicherheit nur auf dem Vertrag von Locarno und anderen, bereits unterzeichneten Pakten beruht. Kurz, Mussolini sei der Ansicht, daß, was auch immer komme, ein allgemeines Abkommen über die Rüstungen in Europa unerlässlich sei, um das Wettüben zu verhindern, das recht schnell zu einem Kriege führen müsse.

Wären diese Vorschläge, allerdings unvermeidlich in veränderter Form, früher während der Unterhandlungen in Genf gemacht worden, da das Vertrauen zu den internationalen Verpflichtungen, die Deutschland eingehen könnte, noch nicht erloschen war, so hätte man aller Wahrscheinlichkeit hoffen dürfen, die Grundlage für eine gewisse Verständigung zu finden. Heute erscheint diese Lösung mehr als zweifelhaft.

Wenn wir den Erklärungen Barthous Glauben schenken, die er vor wenigen Tagen dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gab — und nach dem, was man in gut unterrichteten Kreisen hört —, scheint die Regierung durchaus nicht geneigt zu sein, ihre Handlungsfreiheit in einem Europa, das so gefährlich in Verwirrung geraten ist, zu verlieren. Die Argumente, die diese Haltung motivieren, werden — das sind wir sicher —, Italien die Übereinstimmung seiner und unserer politischen Ziele klar machen.

Die gestohlenen Saar-Gelder

Wie lange noch wird den Saargewerkschaften ihr Recht vorenthalten?

Am 2. Mai vergangenen Jahres erteilte Hitler die durchaus unpolitischen und allein den wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiter dienenden freien und später die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Was aber geschah mit dem mehrere hundert Millionen Mark betragenden beweglichen und unbeweglichen Vermögen, das jahrzehntelange von den Beitragsgrößen der deutschen Arbeiterchaft zusammengepart wurde? Der „Volksgänger“ Hitler ließ es „beischlagnahmen“. Um hierfür nach außen hin den Schein der Berechtigung zu erwecken, wurde die Welt vom Propaganda-Minister Goebbels mit angeblichen ungeheuren Korruptionsenthusiasmungen angefüllt. Es genügt wohl zu erwähnen, daß wie schon Braun-Severings Staatszuschuß von 2 Millionen Mark zur Wahl des Führer von Hitler selbst verachteten und heute „sehr verehrten“ Herrn Reichspräsidenten Hindenburg wider besseres Wissen von den Nazis als persönlicher Diebstahl der beiden Minister bezeichnet und daß schon die Gewährung von Gewerkschaftszuschüssen an solche politische Parteien, die im Parlament sozialpolitische Forderungen vertraten, als ungeheuerliche Korruptionsfälle bezeichnet wurden.

Zu welchem Zwecke wurden die Vermögen der deutschen Gewerkschaften eigentlich beschlaggenommen? Wo bleibt die genaue öffentliche Rechenschaftsablegung über die beschlaggenommenen Werte? Wann werden die Gewerkschaftsmitglieder das Verfügnungsrecht über die von ihnen zusammengesparten Gelder und Werte zurückerhalten, oder womit will Hitler die weitere Zurückbehaltung begründen? Hält es Hitler etwa

für gerecht und „ehrenhaft“, daß diese Werte in den großen bodenlosen Staatsstropf hineingeworfen werden und schließlich in erheblichem Umfange solchen Personen zugute kommen, die ihr Leben lang selbst nicht nur keinen Pfennig für die Gewerkschaften übrig hatten, sondern diese sogar bekämpften.

Hält es der „sozialistische Volksgänger“ Hitler für richtig, daß den Millionen gewerkschaftlich organisiert gewesenen Volksgenossen ihre durch jahrelange Beitragszahlungen erworbenen Erwerbslosen, Rechtschutz, Notfall, Kranken-, Sterbes- und Invalidenunterstützungen vorenthalten werden?

Für die saarländischen Arbeiter aber erhebt sich die wichtige Frage, wo nimmt Hitler eigentlich das Recht her, die in den beschlaggenommenen saarländischen Beitragszahlern enthaltenen Vermögensanteile der saarländischen Beitragszahler ebenfalls zu beschlagnahmen?

Für das Saargebiet etwa schon eine Provinz des „dritten Reiches“ geworden, ohne daß wir dies recht merken? Oder ist es noch Völkerbundsgebiet, dessen Bewohner laut Friedensvertrag dem Schutze Frankreichs unterstehen? Wo nimmt Hitler das Recht her, die in den vielen Gewerkschaftsverbänden, Partei, Kriegschädigten-, Arbeitsinvaliden-, Sport- und sonstigen Unterhaltungsorganisationen und -einrichtungen stehenden Anteile der saarländischen Arbeiter, soweit er deren Vermögen beschlagnahmte, einfach mit zu beschlagnahmen?

Müssen sich die Arbeiter im Saargebiet diesen dreifachen Raub ihrer Vermögensanteile und die damit verbundene

Zertrümmerung ihrer wohlverdienten Rechte hilflos schweigend und fatalistisch gefallen lassen?

Da unseres Wissens der Regierungskommission schon vor längerer Zeit diesbezügliche Anträge an den saarländischen Gewerkschaftskreis unterbreitet wurden, würde es die Öffentlichkeit heute lebhaft interessieren zu erfahren, ob und mit welchem Erfolge sie sich bei der deutschen Regierung für die sofortige Freigabe der widerrechtlich beschlaggenommenen Vermögensanteile verwendet hat.

Hitler hat durch die Mißbegleichnahme und Nichtwiedergabe der saarländischen Vermögensanteile das Fürsorgermeln der saarländischen Gewerkschaften mit zertrümmert.

Falls Hitler den Vermögensraub nicht freiwillig herabgibt, ist es Pflicht der Saarregierung, die Angelegenheit schnellstens dem Völkerbund zu unterbreiten. Völkerbund und Saarregierung haben die Verpflichtung übernommen, für das Wohl der saarländischen Arbeiter zu sorgen. Sollen sie sich nicht als politisch schwächliche erweisen, dann mögen sie mit aller Energie und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Gewaltstreik Hitlers entgegenzutreten.

Gleichschaltung mit Marschmusik

Die „Saarbrücker Zeitung“ berichtet:

Besseringen, 7. März. Musikverein Besseringen. Der in der Jahresabschlussversammlung abgegebene Geschäftsbericht zeugte von einer unverbrüchlichen Treue des Vereins zum neuen Deutschland. In feierlicher Weise vollzog sich die Gleichschaltung, die mit einem Sieg-Heil auf das deutsche Vaterland und seine Regierung und dem Abhängen des Deutschland- und Dorf-Wesfel-Viebes endete. Zum Führer wurde R. Wilhelm bestimmt, der seinen Führerrat ernannte. Rektor Grames sprach über Zweck und Ziele des Musikvereins und bei deutscher Marschmusik vergingen Stunden im Geiste des dritten Reiches.

Einigen Mitgliedern, die die Gleichschaltung nicht so ohne weiteres an sich vollziehen lassen wollten, verging außerdem Hören und Sehen.

Ein Brief

Als Stimmungszeichen

Ich bin gerade außerhalb des Reiches unterwegs, und da will ich es nicht veräumen, einmal an Euch zu schreiben. Wir alle denken immer wieder an Euch und sind Euch im Innersten unseres Herzens dankbar. Jamohl, besonders wegen der Tüchtigkeit und der Sauberkeit des Charakters sind wir heute erst recht stolz auf unsere früheren Führer in der schweren Zeit von 1918 bis 1932, und wir haben auch allen Grund dazu. Ost läuft das Herz über, aber der Mund muß schweigen. Euch hat man verdummt und verdächtigt, aber was machen die heutigen Führer?

Das hiesige Amtsgericht mußte sich in diesen Tagen befaßen mit Sittlichkeitsverbrechen der Herren Pö. N. (Sonderkommissar der hies. Staatsregierung), B. (Leiter der hies. Polizei), beide vorbestraft mit 3 Jahren Zuchthaus), D. J. (ein bekannter Säufser und Skandalmacher). Sie wurden gefasst.

Es muß schon sehr schlimm gewesen sein, daß überhaupt bei so hohen Persönlichkeiten eine Bestrafung erfolgte. In die Zeitung kam nichts. Die Herren sind noch in Amt und Würden. Das Volk muß schweigen.

Ich frage mich oft: Wer besudelt denn nun das deutsche Reich, doch nur diese Herren. Ich glaube, wenn Hitler wüßte, was diese Herren sich geleistet haben, würde er sich doch schämen.

Wie gerne würde ich Euch einmal erzählen, wie es hier gegenwärtig zugeht. Entschuldigt die schlechte Schrift. Es geht unterwegs nicht besser. Euer Leben ist nicht schön, doch habt Ihr für etwas gelebt, das wieder auferstehen wird, glaubt es mir.

„Ehrenhändel“ und Volksgemeinschaft

Mensur für alle

Der „Wegweiser“, die offizielle Korrespondenz der Deutschen Turnerschaft, veröffentlicht unter der Ueberschrift „SA. auf Mensur“ folgendes:

Wenige werden wissen, daß in der SA. Bestrebungen darauf hingen, Ehrenhändel mit der blanken Waffe auszutragen. Wenn auch die Durchführung dieser Aktion noch nicht zur Tat geworden ist, so wird doch die Forderung des Führers, daß jeder Deutsche die Waffe zu führen versteht, in erster Linie dazu beigetragen haben, daß dieses Bekenntnis zur Mensur auf fruchtbareren Boden gefallen ist. Damit würde endlich das Problem einer einseitigen Schraufassung jener Kreise verschwinden, die sich allein bisher berechtigt glaubten, Nicht-Akademikern das Recht auf Genuss-tunng verweigern zu müssen. Diese Ausdehnung auf alle Stände, die mithin auf alle Volksgenossen, ist ein nicht zu unterschätzender Schritt zur Volksgemeinschaft, zumal keinem Deutschen als Angehörigen der SA., der SA., der Partei und anderen Organisationen, zusammengefaßten im Deutschen Reich, das Recht auf seine Ehre freitig gemacht werden kann. Diese Neuordnung einer SA.-Ehrenordnung oder sogar einer allgemeinen Volksgemeinschaft nun gibt parallel mit einem Neubau der praktischen Auswertung des Schlägerfechtens.“

Ley als Wunderfä'er

Händedruck statt Lohnerhöhung

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, kehrt zum Grundsatz Friedrichs des Großen zurück: nicht mit Geld, sondern mit „Ehre“ zu bezahlen. Ueber seine Eindrücke auf einer Rundreise durch Deutschland erklärte er: „Es war wundervoll, zu beobachten, wie Schüchternheit, Niedergeschlagenheit, ja zum Teil auch generischer Grimm und Haß durch den einfachen Händedruck zweier Männer überwunden wurden. Nicht ein einziger von den 60 000 Menschen, denen ich in diesen Wochen die Hand gedrückt habe, fragte mich, ob ich nicht höhere Löhne oder neue Tarifverträge in der Tasche hätte. Das beweist mir, daß sich der deutsche Arbeiter nicht um Pfennige schlägt, sondern nur um seine Ehre.“

Beschwerdebrieff — 1 Jahr Gefängnis!

Vor dem thüringischen Sondergericht hatte sich ein Schriftleiter zu verantworten, weil er in einem Schreiben an den Reichsminister Geh unbedarft über die Nationalsozialisten Thüringens anachiduldiert hatte. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Schluß mit den Wunschbildern Schacht verköhnt das Naziprogramm

DNB, Berlin, 9. März. In der GV. der Reichsbank hielt Dr. Schacht eine Rede, in der er darauf hinwies, daß der Geschäftsbericht hinreichenden Aufschluß über die Politik der Reichsbank gebe und daß es deshalb nicht nötig sei, irgendwelche programmatische Ausführungen zu machen. Es scheine auch notwendig zu sein, daß man aus dem Stadium programmatischer Erörterungen herauskomme, und es sei zu hoffen, daß die eingetretene Belebung unserer Wirtschaft dazu helfe, unser Leben wieder mehr mit Arbeit und weniger mit Wunschbildern zu erfüllen. Leider bieten die Aufgaben, die der Reichsbank gestellt sind, noch immer außerordentliche Schwierigkeiten. Der oberste Grundsatz ist, daß dem Zentralnoteninstitut innen- und außenpolitisch die im letzten Jahre wiedergewonnene Handlungsfreiheit erhalten bleibt und erweitert wird. Im Innern wurden insofern Fortschritte gemacht, als das Wechselmaterial qualitativ besser geworden ist. Aber auch bei der Anlage in Wertpapieren, die der Reichsbank nach dem neuen Bankgesetz gestattet ist, hat die Reichsbank auf Liquidität geachtet; die Verwaltung wird sich auch künftig nicht dazu verstehen, die Reichsbank an Stelle der langsam sich vermindern den Proportionswechsel nun mit einem Dauerbesitz unverkäuflicher Wertpapiere zu beglücken. Die sogenannte Offenmarktpolitik setzt voraus, daß der Markt mindestens zwei Türen hat, eine, wo man hineingeht, und eine, wo man wieder herauskommt.

Wer die Energie und Nachhaltigkeit wahrnimmt, mit der die Reichsregierung neue Arbeitsgebiete zu schaffen sucht, der kann sich leicht vorstellen, daß es für die Reichsbank keine größere Aufgabe gibt, als den Geld- und Kapitalmarkt zu der hierfür erforderlichen Finanzierung leistungsfähig zu machen und inzwischen selbst möglichst manövrierfähig zu bleiben. Den Kapitalmarkt aber macht man nur leistungsfähig, wenn die Wirtschaft Ueberschüsse erzielt und die Masse der Sparer einen Teil des Ueberschusses in Ruhe und Sicherheit auf Zinsen zurückerlegen kann. Um diese Politik, die für die Durchführung der Regierungsaufgaben unerlässlich ist, zu gewährleisten, hat der Führer die im Reichsbankbericht erwähnte Kommission zur Kontrolle des Kapitalmarktes unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten eingesetzt und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet. Nach außen hat sich trotz der ent-

scheidenden Schritte, die mit der Transfergesetzgebung und dem Gesetz gegen wirtschaftlichen Volksverrat getan wurden, die Devisenlage nicht verbessert. Als einzigen Erfolg können wir buchen, daß das Ausland beginnt, unsere Verhältnisse besser zu verstehen. Die Auslandschuldenbelastung Deutschlands, der wir unsere schlechte Devisenlage verdanken, entspringt zu mehr als der Hälfte dem Versailler Diktat und muß darum entsprechend vermindert werden, wenn die Weltwirtschaft wieder in Gang kommen soll. Die Währungsabwertungen einzelner Gläubigerländer haben Deutschland nicht genutzt, weil sie Deutschlands Verkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt stärker zerstört haben, als die nominelle Schuldenverminderung betrug. Der deutsche Export ist heute kaum zwei Fünftel dessen, was er noch vor drei Jahren war. Es spricht für die deutsche Solidität und Moral, wenn trotz allem das Ausland in Deutschland so gut wie gar nichts an Zusammenbrüchen verloren hat, während dies für seine Investitionen im eigenen Land und in anderen Länder nicht behauptet werden kann.

Neben der Verköhntung sozialistischer Romantik, wie sie, zum großen Teile aus demagogischen Gründen, von der nationalsozialistischen Presse und den nationalsozialistischen Rednern betrieben wird, gilt Schachts Vortrag einem neuen Versuch, die Auslandsverschuldung Deutschlands an Kapital und Zinsen zu senken. Denselben Zweck verfolgen die seit einiger Zeit von Woche zu Woche sich verschlechternden Reichsbankberichte.

Schacht gegen Ley

Im Reichsbankauschloß hielt am 7. März Dr. Schacht eine nicht veröffentlichte scharfe Rede, die sich gegen den Führer der Deutschen Arbeitsfront richtete, der mit seinen Reden die Wirtschaft beunruhigte.

Dr. Schacht glaubte Dr. Ley besonders dadurch eindringlich warnen zu können, indem er darauf hinwies, daß, falls die Wirtschaft keine Beruhigung erfahre, er auch seine Festanzüge für die Deutsche Arbeitsfront nicht wird absetzen können, von denen bekanntlich ein Teil des Ertrages für die Parteikasse abgegeben wird.

Von Sieg zu Sieg Wieder 400000 Erwerbslose weniger!

Reichsamtlich wird gemeldet:

Die Auflockerung der winterlichen Arbeitslosigkeit hat im Februar bedeutsame Fortschritte gemacht. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich Ende Februar auf rund 3 374 000, sie ist um rund 400 000 niedriger als Ende Januar und liegt bereits um 341 000 unter dem Ende November 1933 erreichten günstigsten Stand des ersten Jahres der Arbeitsschlacht. Die Ende des Vorjahres eingetretene winterliche Belastung ist somit nicht nur ausgeglichen, sondern bereits erheblich überholt. Gegenüber dem Vorjahresstand an Arbeitslosen konnte ein Rückgang um rund 2 630 000 Arbeitslose erreicht werden.

Die Bewegung innerhalb der Unterstützungseinrichtungen der Arbeitslosenhilfe war gleichlaufend, jedoch im Ausmaß verschieden. In der Arbeitslosenversicherung ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 130 000, in der Krisenfürsorge um 79 000 zurück. An anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen wurden von den Arbeitsämtern 129 000 weniger als zu Beginn des Monats gezahlt, ein Zeichen, daß die Bemühungen zur Unterbringung auch der langfristigen Arbeitslosen erfolgreich waren.

Der bedeutsame Februar-Erfolg ist zu einem erheblichen Teil der bereits lebhaft einsetzenden Hochbau- und Tiefbautätigkeit zu verdanken, der das milde Wetter sehr zugute kam.

So schwindet die Erwerbslosigkeit unter der Märzsonne dahin. Bald wird man in Deutschland einen Erwerbslosen mit der Laterne suchen müssen, wie weiland Diogenes den Menschen suchte. Schade nur, daß alle privaten Berichte aus Deutschland von dem Wirtschaftsaufschwung, der sich in solchen Zahlen ausdrücken müßte, nichts wissen. Dabei fügen wir hinzu, daß wir als Antifaschisten begrüßen müßten, wenn wirklich Millionen Arbeiter wieder in die Betriebe kämen, denn in diesen Kraftzentren des Proletariats regt sich der Widerstand ganz anders als in den fruchtlosen und ohnmächtigen Diskussionen vor den Arbeitsämtern.

In dem letzten Satz der vorstehenden amtlichen Meldung wird verschämt die Lösung des Rätsels der Siege in der Arbeitsschlacht angedeutet. Hoch- und Tiefbau hat sich belebt. Zum großen Teile sind also Notstandsarbeiter eingestellt worden und werden aus öffentlichen Mitteln unterhalten. Zu „Löhnen“, die kaum über den Söhnen der Wohlfahrtsunterstützung liegen. Die Arbeiter verschwinden aus den Listen der öffentlichen Unterstützung und werden dafür aus andern öffentlichen Kassen elend bezahlt.

Der Bericht ist geradezu katastrophal zu nennen! Man ersieht daraus, daß der Hauptabnehmer der Siemens- u. Halske-AG., nämlich die Reichspost, obwohl sie aus ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufträge erteilte, mit Telefonordres so zurückhielt, daß der Umsatz nicht einmal mehr ein Viertel (!) im Vergleich mit den Vorkriegsjahren betrug. Indessen, das waren die Zeiten des „Systems“. Noch kläglicher sah es im Export aus. Genaue Ziffern werden zwar schamhaft verschwiegen. Die allgemeinen Hinweise genügen aber, und wenn der Bericht resignierend bemerkt, daß mit einem ferneren Exportrückgang zu rechnen sei, so soll diese bittere Pille wohl durch den etwas zaghaften Hinweis verübt werden, daß die Regierung auch aus ihrem „großen Arbeitsbeschaffungsprogramm“ Aufträge an die Siemens- u. Halske-AG. vergeben hat, die in Total-Beschäftigung für 10 Tage Arbeit gaben, in Worten zehn Tage! So also sehen die ersten 3 Monate des vierjährigen Arbeitsplanes der Nazi-Regierung mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm aus, beim größten deutschen Unternehmen der Branche von Weltgeltung! Danach kann man sich ungefähr vorstellen, welchen Weg die weitere Entwicklung erst in den Wintermonaten 1933/34 genommen hat.

Wenn trotzdem sogar ein Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgewiesen, und daraus eine unveränderte Dividende von 7 Prozent vorgeschlagen wird, so ist hieran nur noch zur Abrundung des Gesamtbildes bemerkenswert, daß die hierzu benötigten Gelder von 6,1 Millionen Reichsmark nicht etwa aus Betriebs- oder Verkaufsgewinnen geflossen sind, sondern sie sind einfach „eingespart“ worden, indem man trotz erhöhter Arbeitereinstellung, wie schon erwähnt, mehr als 7 Millionen Reichsmark weniger Löhne auszahlte. Danach kann man sich die heißen Wünsche der stets zur sozialistischen Arbeiterschaft gerade der Siemens- u. Halske-Beschäftigten für ihren „Führer“ Dr. Ley vorstellen, und man fragt sich nur noch: „Quand même?“

Reichsbankausweis vom 7. März

DNB, Berlin, 9. März. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. März 1934 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 66,1 Millionen auf 3618,5 Millionen Reichsmark verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 95,5 Millionen auf 2861,8 Millionen Reichsmark, die Bestände an deckungsfähigen Wertpapieren um 9,2 Millionen auf 344,5 Millionen Reichsmark und die Bestände an sonstigen Wertpapieren um 1,4 Millionen auf 332,0 Millionen Reichsmark zugenommen, dagegen die Lombardbestände um 169,9 Millionen auf 78,3 Millionen Reichsmark und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 2,3 Millionen auf 1,9 Millionen Reichsmark abgenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 119,6 Millionen Reichsmark in die Kassen der Reichsbank zurückgefließen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 108,1 Millionen auf 3386,9 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 11,5 Millionen auf 346,6 Millionen Reichsmark verringert. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 13,6 Millionen auf 1431,7 Millionen Reichsmark ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen haben sich auf 62,3 Millionen Reichsmark, diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 5,5 Millionen Reichsmark neu ausgeprägter und 1,6 Millionen Reichsmark wieder eingezogener auf 236,8 Millionen Reichsmark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 519,4 Millionen Reichsmark eine Abnahme um 10,8 Millionen Reichsmark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 20,9 Millionen auf 319,3 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 20,6 Millionen auf 312,9 Millionen Reichsmark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,3 Millionen auf 6,4 Millionen Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten betrug am 7. März 1934 9,4 Prozent gegen 9,7 Prozent am Ultimo Februar d. J.

Deutsche Ausfuhr 1933

In Prozent des Höchststandes

Es ist interessant, sich klar zu machen, wie sich die Ausfuhr in die einzelnen Länder gegenüber dem Höchststand, der zumeist 1929, teilweise auch 1928 oder 1927, bei Chile 1930 erreicht wurde, entwickelt hat.

Schweiz	56 Proz.	Großbritannien	31 Proz.
Türkei	50 „	Japan	31 „
Niederlande	45 „	Dänemark	30 „
Belgien-Luxembg.	45 „	Oesterreich	27 „
Portugal	44 „	Rumänien	27 „
China	43 „	Argentinien	27 „
Südafrika	40 „	Tschechoslowakei	24 „
Schweden	39 „	Ungarn	24 „
Spanien	39 „	Vereinigte Staaten	24 „
Italien	38 „	Australien	24 „
Norwegen	38 „	Griechenland	23 „
Sowjetrußland	37 „	Finnland	21 „
Brasilien	36 „	Niederland-Indien	21 „
Britisch-Indien	35 „	Jugoslawien	19 „
Frankreich	34 „	Lettland	18 „
Ägypten	33 „	Estland	17 „
Litauen	33 „	Polen	14 „
Kanada	33 „	Chile	8 „

Wie man sieht, ist die Streunung in der Ausfuhr einfluß ganz außerordentlich stark. Sie bewegt sich zwischen 56 und 8 Prozent, wobei das Kuriosum keine Berücksichtigung gefunden hat, daß unsere Ausfuhr nach Palästina sich auf 95 Prozent des Höchststandes gehalten hat. Unter den kleineren Ländern behielt außerdem Irland mit 64 Prozent der Höchstausfuhr einen guten Platz.

Ausfuhr jüdischen Kapitals

— Nur bei Verlust von 26 Prozent möglich

Berlin, 9. März. (ZTA.) Die Reichsdevisenbewirtschaftungsstelle veröffentlicht neue Bestimmungen für Kapitalausfuhr durch Personen, die endgültig Deutschland verlassen. Laut Zirkular Nr. 8/1934 kann ein solcher Emigrant sein Vermögen der Golddiskontbank in Berlin übergeben, die ihm den Gegenwert in Obligationen oder Auslandswährung zur Verfügung stellt. Will er dann sein Kapital im Ausland realisieren, so muß er sich mit einem Verlust von mindestens 26 Prozent abfinden; die Differenz kommt der deutschen Währungsbank zugute. Die neuen Bestimmungen bezwecken eine Erleichterung der Auswanderung von Juden und enthalten die Bedingung, daß ein Jude, der auf diese Weise mit seinem Kapital ausgewandert ist, nicht mehr nach Deutschland zurückkehren darf. Die Bestimmung, daß nach Palästina auswandernde Familien je 1000 englische Pfund mitnehmen dürfen, bleibt hiervon unberührt; will aber ein Palästina-Wanderer mehr als 1000 Pfund ausführen, so muß er sich ebenfalls mit einem 26prozentigen Verlust des zusätzlich eingeführten Kapitals abfinden.

„Vorsorgliche“ Kündigungen

Auch ein Zeichen der „Belebung“

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in einem Erlaß die Landesarbeitsämter darauf hingewiesen, daß Dienstverträge mit Angestellten bisher in erheblichem Umfang und über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus befristet abgeschlossen würden, und daß auch von vorsorglichen Kündigungen zu viel Gebrauch gemacht worden sei. Eine Einschränkung solcher Maßnahmen sei dringend geboten, denn befristete Einstellungen und vorsorgliche Kündigungen belasteten die Angestellten mit der Ungewißheit über ihr weiteres Arbeitschicksal, stellten sich hemmend der Vertiefung des von der Reichsregierung angestrebten Treueverhältnisses zwischen Führer und Gefolgschaft entgegen und trügen auch zu vermeidbaren Schwankungen des Beschäftigungsgrades bei. Die Arbeitsämter werden daher angewiesen, diese Vorgänge zu beobachten und auf Abstellung zu dringen.

Siemens

Ein Schulbeispiel

Man schreibt uns: Weil aber im „dritten Reich“ die glorreiche Gleichschaltung die Wahrheit nun einmal verbietet, so daß die Herrn Göbbels hörige Presse nur günstige Dinge melden darf, würde es ein Verdienst sein, wenn Sie die kürzlich erschienene Bilanz der Siemens- u. Halske-AG., in welcher alle Siemens-Unternehmungen bekanntlich vereinigt sind, einer kurzen Betrachtung durch einen alten, deutschen Bankdirektor unterziehen wollten. Schon mit Rücksicht darauf, daß der edle Reichskanzler Hitler aus den Siemens-Werken seinerzeit seine bekannte Rede hielt, dürfte die weiteste Bekanntheit nun auch der rein geschäftsmäßigen Zahlen den besten Resonanzboden der so arbeiterfreundlichen Naziregierung bilden.

Bilanz und Geschäftsbericht sind zum 30. 9. 1933 abgeschlossen. Somit sind erst 8 Monate Hitlerregierung, allerdings nachdem sich der wirtschaftliche Aufschwung bereits durch einen Rückgang von 2 Millionen Arbeitslosen ausgewirkt hatte, zu berücksichtigen.

Der Umsatz verzeichnet mit 82 (107) Millionen Reichsmark gegen das Vorjahr einen Rückgang von fast 25 Prozent. „andere Betriebskosten“ gingen sogar von 52 Millionen i. V. auf 28 Millionen zurück, also um beinahe 50 Prozent!!! Steuern fielen von 7,6 auf 4,8 Millionen Reichsmark. Gehälter und Löhne wiesen bei 48,1 (55,5) Millionen einen Abstrich von mehr als 7 Millionen Reichsmark auf, bei einer gleichzeitig verzeichneten Vermehrung der Beschäftigten von total 79 000 (75 000), wovon in Deutschland Beschäftigten 61 000 (53 000), oder eine deutsche Zunahme von 8000 Mann. Daß auch die Soziallasten sich entsprechend bedeutend verringerten, versteht sich, während leider nicht ersichtlich, wie die Hitler- und die sonstigen Spenden verbucht sind.

Drei Gedichte Eine Auslese aus vielen

Brief eines deutschen Studentenats

Mein Freund, die Zeit ist fast schon wieder groß wie Anno vierzehn, da wir Knaben waren und bartlos jung noch, Kinder, unerfahren und doch schon reif für hartes Manneslos.

Wir kamen heim und hatten viel gesiegt und brachten doch nur leere, müde Hände; nun war der schöne Wunschtraum jäh zu Ende, in dem wir uns vier Jahre lang gewiegt.

Und jetzt, mein Freund, wie herrlich ist's zu sehn daß wieder eine Jugend sich bereitet, von unsrem hehren Ideal geleitet, in ihren edlen Knabentod zu gehn!

O wüßtest du, wie mir das Herze lacht, wenn ich die Jungen seh in ihren Bänken, wie sie die Knabenseelen freudig schenken dem Ideal von Deutschlands Sieg und Macht.

O könntest du das große Auferstehn, des deutschen Herzens Aufstieg doch erleben; du fühltest es mit heiligem Erbeben; soll Deutschland groß sein, muß es sterben gehn!

Sociel in meiner Kraft liegt, will ich tun, dem Nachgeschlecht den kühnen Mut zu spenden; sein Blut an große Taten zu verschwenden und heldenhaft im Messengrab zu ruhn.

Ich bin mir meiner Pflicht vollauf bewußt, ein deutscher Lehrer weiß, was er sich schuldet; kein feiges Zaudern sei hinfort geduldet; der Kriegsruß ist des deutschen Mannes Lust.

Wir hier, mein Freund, wir stehen an der Front, wir sind mobil, wir sind das Volk in Waffen, und unsre Schüler werden, glaub mir's, schaffen, was damals wir gewollt und nicht gekonnt.

Doch Schluß jetzt, Freund, und echten deutschen Gruß! Ich muß in meine Klasse, und am Leben des alten Frig den Geist der Jugend heben (beziehungsweise des Arminius).

Max Barth.

Dann träten wir hin vor die Herren im Sessel:
„Sieh da! Stehn Sie mal auf! Lassen Sie uns mal ran!
Uns die Maschinen! Unser die Kessel!
Heute fängt etwas Neues an!“

Aber die lachen. Paffen den Rauch der Zigarren uns ins Gesicht

Und rühren sich nicht.

„Wenn wir euch nicht entlassen, ihr Lumpen, seid froh —
Abtreten! Marsch! Zur NSBO . . .!“

Manchmal des Nachts, da müssen wir denken —
weil wir vor Hunger immer erwachen —
wie das sein wird . . . wir werden nichts schenken
Wir werden ihnen die Rechnung machen.

In der Hand die Gewehre
quittieren wir den großen Massenbetrug,
quittieren wir die Brüder, die man erschlug . . .
Wir werden nicht flagen und werden nicht feiern,
wir werden keine Reden leiern —
wenn der Marschtritt, der schwere,
der Arbeiterheere,

an die Türen der Villen schlug —

Dann treten wir hin vor die Herren im Sessel:
„Sieh da! Stehn Sie mal auf! Lassen Sie uns mal ran!
Uns die Maschinen! Unser die Kessel!
Heute fängt etwas Neues an!“

Die werden nicht lachen. Die werden in den Knien beben
Und sich erheben.

Wir werden Gefängnisgitter zerhauen,
Und an die Maschinen gehn, unser Reich,
unser großes, freies, gerechtes Arbeiterreich
aufzubauen!

Gesinnung

Was rot ist, ist nicht blau,
Was gestern war, braucht morgen nicht zu sein,
Doch, alle Deutschen sind in grau,
Der Führer sagt, das muß so sein.

Die Welt ist dazu da, um ihr Gesicht zu ändern
Die Politik streicht dieses dann in ihren Farben an,
Das nennt man dann seine Gesinnung ändern,
Und jeder tut, so gut er kann.

Versteht Ihr also dann, wieso es kam,
Daß heute dort so viele sind,
Wo gestern niemand war?

So lang wir leben, ist des einzeln höchstes Sehnen,
Dort zu sein, wo die meisten stehen.

Man sagt den Tieren nach,
Es könnte nur in Rudel tränken,
Die Menschen aber kann man zu ihrer größten Schande
sich nur in Herden denken.

Deshalb, lieber Leser: Hinein in den
Menschenherdengesinnungsverein. Marius.

Manchmal müssen wir denken

Manchmal am Abend müssen wir denken
— obwohl man es eigentlich verbot —
nach tagelangem Fahnschwenken
und bei dem dürftigen trockenen Brot:
Wie das so wäre,
wenn alles gerecht, und das Wort kein Betrug,
wenn die Brüder noch lebten, die man erschlug,
wenn Göring kein Mörder und Morphinit
wäre und Hitler ein Sozialist —
wenn der Marschtritt, der schwere,
der Arbeiterheere
unsere Forderung vorwärts trug —

Die Union der braunen Hand

Schweizer Meinung

Wir veröffentlichten kürzlich die Gründung der „Union nationaler Schriftsteller“ unter Führung von H. Johst. Mit ihr scheidet das gleichgeschaltete deutsche Schrifttum aus dem internationalen Pen-Klub aus. Wie man im deutschsprachigen neutralen Ausland die Neugründung und ihr Programm beurteilt, dafür gibt die „Neue Zürcher Zeitung“ ein anschauliches Beispiel:

„Die internationalen Instrumente sind verstimmt. Deutschland hat den Pen-Klub, die größte Schriftstellerorganisation, verlassen. Nach einem offiziellen deutschen Schreiben hat die Exekutive in London Deutschland zugemutet, kommunistische Autoren in den Reihen des deutschen Pen-Klubs anzuerkennen. Im Grunde geht der Streit um die Emigranten und die Nicht-Deutschstämmigen. — Das Ausscheiden Deutschlands aus dem internationalen Bunde müssen wir ebenso bedauern wie begreifen. Bedauern, weil das Fehlen Deutschlands dem internationalen Pen-Klub eine problematische Struktur gibt. Noch problematischer allerdings dünkt uns das Vorhaben des ausgeschiedenen deutschen Pen-Klubs, nun seinerseits zu einer Weltorganisation, einer „Union Nationaler Schriftsteller“ aufzurufen.

Der Wunsch, doch wieder ein internationales Instrument zu formen, zeigt deutlich, daß Deutschland seine Isolation erkennt und aus ihr einen Ausweg erstrebt. In dem deutschen, von Hanns Johst gezeichneten Aufruf lesen wir:

„Die kulturelle Persönlichkeit des Vaterlandes — das ist unser Programm. Nicht die Auflösung des Begriffes, sondern seine Sicherung, die Sicherung aller der großen und kleinen Vaterländer nebeneinander, ihr Ausströmen in die Kunst, in die Sittlichkeit notwendig erwachender Formen — das ist die Richtung unserer Gesinnung, die auf nichts weiter zielt, als auf die vertiefte Ehre der Völker und die Sammlung zu einer neuen menschlichen Gemeinschaft.“

Wir kennen nicht einen schweizerischen Schriftsteller von einiger Geltung, der an der Auflösung des Begriffes „Vaterland“ teilhaben wollte. Wir wissen, daß auch andere im internationalen Pen-Klub vertretene Länder ihr nationales Kulturbewußtsein zur Geltung bringen und der Auffassung sind, daß jedes Land seinen Pen-Klub nach eigenen Gesetzen formen muß. Und eben, weil die deutsche Schweiz deutsche Denkwelt tiefer zu verstehen glaubt als Länder, die mit Deutschland nicht durch Sprache und Kultur schicksalhaft verbunden sind wie die Schweiz — glauben wir Schweizer nach dem Ausscheiden Deutschlands erst recht eine verpflichtende Sendung im Rahmen der internationalen Schriftstellergemeinschaft auf uns nehmen zu müssen.

Die Schwierigkeiten einer „Union Nationaler Schriftsteller“ nach deutscher Konzeption dürften große Schwierigkeiten begegnen. Das Deutschland wohlgelegene Italien würde nicht zugeben, daß ein italienischer Autor jüdischer Herkunft kein nationaler Schriftsteller sein könne. Es sei auch nicht verschwiegen, daß der „hohe Begriff des Vaterlandes“ nicht das ausschließliche Sinnen und Trachten eines jeden Dichters sein muß. Wenn Schriftsteller den Staat vergotten, so engt sich ihre Problemwelt auf ihr „Zuhause“, auf ihr Land ein. Sie interessieren sich erfahrungsgemäß wenig mehr für Gemeinschaftsprobleme, sie schließen sich ab — und es ist fast ein Widerspruch, international wirken zu wollen.“

Die deutsche Pen-Gruppe

Nachdem das Exekutiv-Komitee des Internationalen PEN-Clubs festgestellt hat, daß die deutsche PEN-Gruppe die Grundsätze des PEN-Clubs verletzt hat, haben einige zur Zeit außerhalb Deutschlands lebende deutsche Schriftsteller im Einverständnis mit dem Exekutiv-Komitee den Plan gefaßt, eine neue autonome PEN-Gruppe im Geiste des Internationalen PEN-Clubs zu gründen. Diesem Plan haben sich bisher angeschlossen:

Heinrich Mann, Georg Bernhard, Bernhard von Brentano, Fritz Landshoff, Lion Feuchtwanger, Bruno Frank, Oskar Maria Graf, Max Hermann Neißer, Emil Ludwig, Klaus Mann, Peter Mendelsohn, Balder Olden, Rudolf Olden, Paul Roubiczek, Ernst Toller, Arnold Zweig.

Mitglieder des früheren deutschen PEN-Clubs, die sich der neuen Gruppe anschließen wollen, werden gebeten, an den englischen PEN-Club, 101a, Wigmore Street, London W 1, zu schreiben.

Oskar Kaufmann baut das Habimah-Theater

Der berühmte Berliner Theater-Architekt Oskar Kaufmann, der Deutschland verlassen mußte, baut jetzt das neue Theaterhaus für Habimah in Tel Aviv, das über modernste und technisch vollkommenste Bühneneinrichtung verfügt und 1000 Sitzplätze enthalten wird. Durch eine neuartige Ventilationsanlage wird der Besuch des Hauses auch in der heißen Jahreszeit ermöglicht sein. Auch ist das Dach abhebbar, so daß man im Sommer unter freiem Himmel spielen kann. Das Habimah-Haus wird auf einem Hügel an der Rothschild- und Achad-Haam-Straße, im neuen Zentrum von Tel Aviv, errichtet.

Der Mediziner in der Weltesche

Er sucht hier Nornen und Walküren

Alle deutschen Aerzte, die ihren Beruf nicht nur als Geldquelle betrachten, sondern ihn sozial und wissenschaftlich ernstnehmen, sind über die zynische Verwegenheit, mit der die Naziführer in die Medizin eingreifen, tief bestürzt. Das Bekenntnis zur „Naturheilkunde“, die Förderung des Kurpfuschertums, das Gesetz über die Sterilisation finden bei den Aerzten wachsenden Widerspruch; aber drohend wendet sich der „Reichsarztführer“ Dr. Wagner gegen die Unzufriedenen und mahndend redet ihnen das „Aerzteblatt für Sachsen“ ins Gewissen. In diesem famosen Aerzteblatt heißt es:

„Die Einsteinsche Relativitätstheorie und die Freudsche Psychoanalyse sowie ihre Verkünder waren Kräfte jener Art, die an den Grundlagen unserer arisch-germanischen Kultur nagten — wie der giftige geringelte Nidhögger an den Wurzeln der Weltesche Ygdrasil in unserer tief sinnigen Edda.“

Und der Schriftleiter der „Sächsischen Aerztezeitung“, Dr. Seeliger, ruft seinen Kollegen zu:

„Kehrt heim zu den Vätern, zu den Quellen, zu Mimirs Brunnen, zu den raunenden Runen und Weistümern der Nornen und Walküren: werdet deutsch an Leib und Seele, an Geist und Gemüt! Auch als Aerzte!“

Vergeblich werden strebsame Aerzte in ihren medizinischen Handbüchern die Worte „Nidhögger, Ygdrasil, Mimir, Norne“ gesucht haben; aber diese medizinischen Handbücher sind eben „liberalistische“ Altertümer, die gesamte moderne Medizin ist eine „marxistisch-materialistische“ Erfindung. Junge Aerzte, die in Deutschland hochkommen wollen, mögen aber die wissenschaftliche Medizin, diesen „giftig geringelten Nidhögger“, aufgeben, sich unter dem Stammbaum Ygdrasil ansiedeln, die Kranken zu Mimirs Brunnen schicken und sich bei den Nornen und Walküren informieren, wie man Krebs, Tuberkulose, Angina pectoris behandelt. Rezepte aber werden künftig lauten: „Man schütte drei Stabreime in reines Mimirwasser, tauche etwas Ygdrasilwurzel (nicht angenagt!) in die Lösung murme dreimal „Edda hilf!“ und schmiere den Kranken mit der Wurzel an. Heil Hitler!“

Kitsch zieht Kitsch an

Jede Laien-truppe soll überwacht werden . . .

Der Leiter der Ministerialabteilung für das hessische Bildungswesen, Kultus, Kunst und Volkstum, Ministerialrat Ringshausen, weist in einer Bekanntmachung darauf hin, daß sich in der letzten Zeit die Fälle mehren, besonders auf dem flachen Land, in denen von unberufener Seite Theateraufführungen veranstaltet werden, die dem hohen Ziel der deutschen Bühnenkunst, am kulturellen Wiederaufbau des deutschen Volkes mitzuarbeiten, in keiner Weise gerecht werden.

„Es handelt sich oft — heißt es in dem Aufruf — um künstlerisch ganz minderwertige Machwerke; mitunter wird sogar versucht, aus dem tiefen Erleben der nationalen Erhebung und ihrer Helden oder aus der nationalen Begeisterung unserer Volksgenossen Geschäfte zu machen. Die Wiedergabe liegt meist in der Hand ganz unzulänglicher Truppen. Es kann nicht geduldet werden, daß die großen kulturellen Aufgaben des neuen Staates durch solche Machenschaften sabotiert werden. Gerade für den noch unverbildeten und darum aufnahmefähigen Sinn der Bevölkerung der kleineren Orte ist nur das Beste eben gut genug.“

Die Ministerialabteilung beauftragte daher im Einverständnis mit der Reichstheaterkammer bis zu einer vom Reich zu erwartenden Neureglung die Intendanten des Landestheaters in Darmstadt, des Stadttheaters in Gießen und des Stadttheaters in Mainz für das Gebiet der drei Provinzen des Landes mit der Ueberwachung aller Theateraufführungen und der gutachtlichen Entscheidung über den künstlerischen Wert der Theatergruppe und ihrer Darbietungen.“

Warum Rücksicht?

Sie sollen froh sein, daß sie noch da sind

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Leipzig gemeldet: In der Sitzung des Hauptausschusses der Leipziger Stadtverordneten wurde ein Antrag angenommen, der die vorläufige Suspendierung vom Amte mit dem Ziele der Dienstentlassung für Oberstudiendirektor Dr. Behrends und für die Lehrerin Vorwerk von der Goethe-Schule zum Gegenstand hatte. Dem Antrag lag folgender Tatbestand zugrunde: Fräulein Vorwerk hatte im Unterricht einer Schülerin die Deklamation eines antisemitischen Gedichtes von Dietrich Eckart unterzogen, weil sie fürchtete, daß dadurch zwei jüdische Schülerinnen der Klasse in ihren Gefühlen verletzt werden könnten. Auf eine Beschwerde des Vaters der betreffenden Schülerin hatte Oberstudiendirektor Dr. Behrends versucht, das Verhalten der Lehrerin zu rechtfertigen und sich gleichsam mit ihr solidarisch erklärt. Eine derartige Handlungsweise von Lehrern und Lehrerinnen könne, so wurde ausgeführt, im nationalsozialistischen Staate unter gar keinen Umständen geduldet werden, und der Hauptausschuß beschloß deshalb in dem obenerwähnten Sinne.

Braunäugige Komplexe

Der „Angriff“ berichtet, ein Hitlerjunge sei kürzlich schuldbehaftet bei einem Arzt erschienen, um ihn unter Hinweis auf seine braunen Augen und sein rabenschwarzes Haar nach seiner Rassezugehörigkeit zu befragen. Dem Hitlerjungen sei das Minderwertigkeitsgefühl förmlich auf der Stirn geschrieben gewesen. „Angriff“ hat daraufhin den Führer des Berliner nationalsozialistischen Aerztebundes, Staatsrat Conti, interviewt, der allgemein von der Rasse als einer erweiterten Familienverwandtschaft sprach und sagte, alle Menschen deutschen Stammes lassen sich, wenn man nur um Jahrhunderte zurückgreift, auf eine ganz beschränkte Zahl gemeinsamer Ahnen zurückführen. Darauf sei die Lehre von der Gemeinsamkeit des Blutes und des Instinkts zu gründen. Eine Lösung für die Seelennöte des braunäugigen und schwarzhaarigen Hitlerjungen hat also auch Dr. Conti nicht finden können.

Straßburger Wochenbericht

Straßburg, 9. März 1934.

Sonntag der Parteikongresse

Mit drei Parteikongressen erbrachte der vergangene Sonntag einen sichtbaren Beweis für die politische Aktivität des Elsaß. Die Elsässische Volkspartei (UPR.), die Demokraten und die Sozialdemokraten (SFIO.) hielten ihre Föderationskongresse ab. Während auf dem Kongreß der Volkspartei in erster Linie gegen die verschiedenen Skandale und ihre Wiederholung, sowie gegen das sogenannte Logenwesen und eine hiesige Zeitung protestiert wurde, erzwang sich der demokratische Parteikongreß durch ein bemerkenswertes Referat des Député Frey über öffentliche Beachtung. Uns interessiert an dieser Rede vor allem das übrigens auch auf dem Kongreß der UPR. zum Ausdruck gekommene Bekenntnis gegen den Faschismus. In seiner Definition des deutschen Faschismus traf Herr Frey den Nagel auf den Kopf. Wie die faschistischen Phrasen von den „deutschen Brüdern im Ausland“ auf den Elsässer wirken, geht aus folgendem Abschnitt der Freyschen Rede hervor, den wir seiner Originalität halber im Wortlaut veröffentlichen: „Wir sollen da wohl auch als Auslandsdeutsche gelten dürfen? In ihrer aller Namen möchte ich hier ausdrücklich erklären: Wir verbiten uns derartige Sachen! Ein für allemal: Wir sind keine Auslandsdeutschen, wir sind Franzosen! Wir haben mit Deutschland keine Schicksalsgemeinschaft und wir haben — vor allen Dingen seit Durchführung der nationalsozialistischen Revolution — keine Kulturgemeinschaft mit ihm. Gerade in dem Maße, in dem ihr eure nationalsozialistische Propaganda durchführt, in dem gleichen Maße entfremden wir uns von euch. Gerade auf was ihr euch berufen wollt, habt ihr gründlich kaputt geschlagen! Wir haben an eurer Theorie keinen Teil und nicht einmal Verständnis dafür! Ein Beweis, wie wenig deutsch wir je gewesen sind!“ Mit einer solchen Deutlichkeit ist wohl noch selten von einem bürgerlichen Politiker im Elsaß der deutsche Nationalsozialismus nach Hause geschickt worden. Und man kann nicht einmal sagen, daß der Herr Député mit dem, was er da über Deutschland sagte, nicht recht hätte. Er hat nur zu recht die Stimme des Herrn Frey wiegt doppelt schwer, als man nicht nur in Kreisen der Demokratischen Partei oder gar der sozialistischen Arbeiterschaft, bei der diese Haltung selbstverständlich ist, so denkt, sondern auch bei den meisten anderen bürgerlichen Parteien, abgesehen von ein paar nicht gerade bedeutsamen Abspaltungen.

Die Sozialisten beschäftigten sich auf ihrer Tagung mit verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fragen, zu der Lösung der sich im Zustand dauernder Anarchie befindliche Kapitalismus nicht mehr fähig ist, und forderten in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine Neuordnung der Dinge, die nur durch die sozialistische Planwirtschaft auf kollektiver Grundlage erfolgen könne. Die sozialistische Arbeiterschaft bekundete weiter auf diesem Kongreß den ernsten Willen, faschistische Tendenzen im eigenen Land mit allen Mitteln zu bekämpfen und billigt die Haltung der sozialistischen Parteinstanzen und der CGT. im Kampfe gegen die Bestrebungen, auch in Frankreich die demokratischen Rechte des Volkes und die Freiheit der Arbeiterschaft zu beseitigen. Mit einem Aufruf zur Einigung aller Arbeiter unter den Fahnen des Sozialismus gelobte der Kongreß der Gesamtpartei die unverbrüchliche Treue im Kampf. Von mehr lokaler Bedeutung ist, daß die SFIO. zur Verwirklichung der Einheitsfront der Arbeiter und den Austritt der KPO. aus der Volksfront gefordert hat.

Das Wirtschaftsjahr 1933 in Elsaß-Lothringen

Aus den vorliegenden Berichten über die Ergebnisse der Wirtschaft in Elsaß-Lothringen läßt sich die angesichts der Weltkrise nicht unerfreuliche Feststellung machen, daß die Ergebnisse der Produktion den Stand des Vorjahres nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar überschritten haben. So konnte die Pechelbronner Petroleumgewinnung ihre Erzeugung von 74 000 auf 79 300 Tonnen steigern, der Kalibergbau den Vorjahresabsatz bei Verminderung der Lagerbestände überschreiten und die Produktion auf der Vorjahreshöhe halten, die Schwerindustrie die Roheisenherzeugung auf 2 194 000 Tonnen hinaufschrauben, wobei sich allerdings gegen Ende des Jahres eine langsam sinkende Tendenz bemerkbar machte, die die günstigen Ergebnisse des ersten Halbjahres etwas beeinflusste. Die Erzförderung stieg von 11 630 000 auf 13 141 000 Tonnen. Die Kohlenförderung erreichte 5 393 000 Tonnen. In der Maschinenindustrie zeigt sich ein leichter Rückgang, der in Zusammenhang zu bringen ist mit der Schrumpfung in der Textilindustrie, die als ein Hauptabnehmer der Spezialmaschinen gelten darf. Die Textilindustrie schnitt am schlechtesten ab. Hier machte sich die weitere Lahmlegung des deutschen Marktes bemerkbar und auch die japanische Konkurrenz darf als eine der Ursachen des Rückgangs gewertet werden. In der landwirtschaftlichen Produktion ging zwar die Weinerzeugung mengenmäßig zurück, aber durch die Verbesserung der Qualität konnten höhere Preise erzielt werden. Die Hopfenernte übertraf alle Erwartungen und der Ertrag der Weizenerte übersteigt um 25 Prozent das Ergebnis des Vorjahres.

Eine groß angelegte Schmuggelaffäre

Gegenwärtig beschäftigt sich die Polizei mit einer groß angelegten Schmuggelaffäre, deren Aufdeckung vor einigen Tagen gelang. Schon seit Jahren werden in Frankreich große Mengen Thermosflaschen und Seidenstrümpfe deutschen Ursprungs verkauft, die unverzollt eingeführt worden sind. So sollen ganze Güterzüge von deutschen Seidenstrümpfen, als alte Lumpen deklariert, unverzollt die Grenze passiert haben, wobei auch die Kehl-Straßburger-Linie benutzt wurde. Nun hat der Untersuchungsrichter eine Verhaftung in der Angelegenheit vorgenommen. Ein gewisser Scholten, naturalisierter Franzose, der in Straßburg ansässig ist, wurde verhaftet und in die Fadengasse unter dem Verdacht eingeliefert, an der Schmuggelaffäre führend beteiligt zu sein. Auf die Ergebnisse der Untersuchung darf man gespannt sein.

Verschmähte Liebe

Am Königshofer Glacis gab der 19 Jahre alte Jacques Beckendorf, aus Pirmasens gebürtig, drei Schüsse auf die 21 Jahre alte Elise Laroche ab, die mit ihren Eltern etwa zwanzig Meter entfernt von dem Barackenquartier des Täters in einem Wohnwagen lebt. Das Mädchen wurde schwer, glücklicherweise aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der junge Mann ließ sich zu der unseligen Tat hinreißen, nachdem der Vater des Mädchens es abgelehnt hatte, ihm seine Tochter zur Frau zu geben. Der Täter ist flüchtig.

Folgende Nummern der Lose, die im Büro A. GODOVANNIKOFF gekauft worden sind

30, QUAI DE PASSY, PARIS (16^e), Telefon: Jasmin 01-50
(Seiteneingang: 2, av. René-Boylesve). Métro Passy

8. Ziehung, 13. März 1934 um 9 Uhr

haben gewonnen:

Série E 17 438: 100 000 Fr.

X 77 438	50 000 Fr.	Z 81 019	10 000 Fr.
X 50 611	50 000 Fr.	L 87 019	10 000 Fr.
R 00 611	50 000 Fr.	E 17 019	10 000 Fr.
R 12 611	50 000 Fr.		

847 Lose, deren Nummern m. 7 endigen, haben je 200 Fr. gewonnen

Luxemburger Lotterie (Sweepstake)

1 Los 36 Fr., 1/2 Los 19 Fr., 1/3 Los 10 Fr., 1/4 Los 6 Fr.

Alle, die Anteile dieser Lose gekauft haben, werden gebeten, sich zu melden, um das Geld abzuheben. Schriftliche Anforderungen aus der Provinz müssen die Quittungen beigelegt sein.

Für die nächsten Ziehungen wieder ganze, halbe, viertel und zehntel Lose zur Verfügung.

Die Wallkanalbrücke fertiggestellt

Im Zug der neuen Straße, die jetzt Königshofen mit Straßburg verbindet, wurde auch eine neue Brücke, die sogenannte Wallkanalbrücke erstellt, die nun dem Verkehr übergeben werden kann. Der Tram nimmt seinen jetzt wesentlich kürzeren Weg nach dem in den letzten Jahren stark vergrößerten Vorort bereits über die neue Brücke.

Was tat Paul Keller in Deutschland?

Der vor einiger Zeit beim dritten Einbruch in das Bürohaus der Gewerkschaften in der St.-Gotthardt-Straße über raschte angebliche Berufseinbrecher Paul Keller, sitzt immer noch in Untersuchungshaft. Die polizeilichen Instanzen sind eifrig mit der Aufklärung der verschiedenen Einbruchsdiebstähle beschäftigt, die dem Verhafteten nachgewiesen sind. Während man bis zur Verhaftung des Täters der Auffassung sein konnte, daß die Einbrüche politischen Charakter haben könnten, ließ man diesen Verdacht teilweise wieder fallen, als sich herausstellte, daß mit Paul Keller ein lange gesuchter Berufseinbrecher gefaßt worden war. Nun stellte sich aber, wie wir in Erfahrung bringen konnten, heraus, daß in der Zeit, die zwischen den verschiedenen Einbrüchen lag, der Einbrecher mehrere Reisen nach Deutschland unternahm. Dieser Umstand spricht wieder mehr für die erste Annahme, daß der Täter im Auftrag bestimmter deutscher Stellen gehandelt hat. Es gibt in Deutschland Herren in Ministeresseln, die sich nicht scheuen, gedungene Mörder auf ihren politischen Gegner loszulassen, warum sollten die gleichen Herren Skrubel haben, Berufseinbrecher zur Erreichung ihres Zieles einzusetzen?

Die Beamten protestieren

Die Sektion des Bas-Rhin der Fédération Générale des Fonctionnaires protestieren in einer der Öffentlichkeit übergebenen Resolution gegen die Herabsetzung der Ausgleichszulage von 16 auf 14 Prozent und weisen daraufhin, daß sie durch diese Gehaltskürzung viel schwerer betroffen worden seien, als ihre Kollegen in den anderen Departements.

Rund um den 6. Februar

Behauptungen über Innenminister Frot

Paris, 10. März. Der zweite Teil der Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Straßburger Affäre vom 6. Februar war im wesentlichen durch die nicht einmal an Ende geführte Gegenüberstellung von Oberst de la Rocque (weiter der Vereinigung Croix de feu) und Frot — de Kerrilis angeführt. Oberst de la Rocque sagte zu den Frot angeführten Staatsstreikabsichten, am 6. Januar habe ihn ein Mittelmännchen aufgeleitet, der ihn erwiderte, Frot möchte eine „Mannschaft“ von den Revovalisten bis zur Rechten bilden, die beim Eintreten der Schwelgerarbeiten beim Präsidenten der Republik vorstellig werden würde, um als energetische junge Leute zu verlangen, daß ihnen die Regierungsmacht anvertraut werde. Er habe für die Vereinigung Croix de feu eine Beteiligung an der Verwirklichung dieses Gedankens, den er als romantisch bezeichnete, abgelehnt. Auf eine Frage eines Ausschussmitgliedes, ob bei der „Mannschaft“ Frot's an eine Neovertragsmannschaft oder an eine Art persönlicher Schutz „Mannschaft“ für Frot gedacht werden müsse, schloß Rocque die zweite Möglichkeit aus.

Die Gegenüberstellung Frot — Kerrilis betraf ein von Polizeibeamten am 31. Januar angeblich abgehörtes Gespräch von vier Personen, darunter der Bruder von Kerrilis, die in einer Wirtschaft geholt haben sollen. Sie wollten über die Kammer Aktenstücke und Bomben abwerfen. Das Bekanntwerden dieses Gesprächs wurde zu dem Zeitpunkt der Verhaftung Frot's am 5. Februar dieser Bericht in seiner anfang-

Kurse für Fayence- und Porzellanmalerei

Die Städtische Kunstgewerbeschule richtete einen neuen Spezialkurs für Fayence- und Porzellanmalerei ein, die vor allem auch die gute Tradition der elsäß-lothringischen keramischen Kunst pflegen und fördern soll.

Frühjahrsanzug mit Musik

In der Orangerie, dem beliebten Straßburger Park, findet am Sonntagnachmittag ein Konzert der Stadt- und Pommiermusik statt, mit dem die tüchtige Kapelle das Wiedererwachen der Natur und den Anbruch der schöneren Jahreszeit zu feiern gedenkt. Das Elsässische Theater wird einen lustigen Einakter spielen und ein Ball wird das Konzert beschließen. Wer möchte bei freiem Eintritt den Spaziergang in die Orangerie am Sonntag nicht unternehmen, noch dazu die Veranstaltung selbstverständlich im Saale abgehalten wird und keine Gefahr besteht, daß der Wettermann, dem man doch nicht allzu sehr trauen sollte, einen Strich durch die Rechnung macht!

Kunstkalender

Im Elsässischen Kunsthaus sind Werke des Malers René Allenbach ausgestellt, der in Zeichnungen und Oelgemälden die Schönheiten der elsässischen Landschaft preist. — Mme Trensz-Diehl macht in den Räumen des Automobilklubs ihre Arbeiten, meist Oelgemälde mit Motiven aus den Vogesen und Altstraßburg, einer größeren Öffentlichkeit zugänglich, während in der Galerie Aktuarus eine lehrreiche Ausstellung altchinesischer Kunst zu sehen ist. — Im städtischen Kupferstichkabinett erregt eine kleine Ausstellung altelsässischer Volkskalender Aufmerksamkeit. Der älteste der ausgestellten Kalender ist in Straßburg im Jahre 1573 gedruckt. — Am Sonntag, 11. März gastiert im Sängerhaus der berühmte französische Jazz-Künstler Ray-Ventura mit seinen 18 Virtuosen — In einem Einweihungskonzert der großen Orgel in der St.-Paulus-Kirche wird man am Sonntag den berühmten Pariser Organisten Herrn Collier kennen lernen. — Am 15. März veranstalten im Sängerhaus Charles und Magdeleine Panzera ein einmaliges Konzert. — Die Donkosaken machen am 27. März den Straßburgern wieder einmal ihren Besuch. E. D.

lichen Form vorzulegen worden und Frot hatte gleich Kerrilis vom „Croix de Paris“ an sich gestellt und ihn um seine ehrenwürdige Stellungnahme bitten. Wenn Kerrilis erwiderte, es wäre davon nichts Wahres, so hätte er sich mit dieser Antwort zufrieden gegeben. — Bei der Gegenüberstellung vor dem Ausschuss deutete Kerrilis an, Frot könnte ihn durch die Einladung zu dieser am 3. Februar gegen Abend abgehaltenen Unterredung möglicherweise in der Absicht geladen haben, ihn in sein Spiel zur Erringung der Roms einzufangen. Einige Widerprüche entwickelten sich darüber, ob Frot, wie Kerrilis behauptete, sich nach einem Telefonatgespräch mit Taladier abfällig über seine mangelnde Hofierfähigkeit ausgedrückt habe, was Frot bestritt.

Die Verhandlungen des Ausschusses werden am Samstag fortgesetzt. Möglicherweise findet eine Gegenüberstellung Frot — Frot statt.

Freitagnachmittag wurde eine unbekannte Frau in der Badewanne eines Pariser Hotels tot aufgefunden. Etwa eine Stunde vorher hatte ein Unbekannter mit ihr zusammen das abstrus teure Zimmer gemietet. Der Unbekannte war dann nach einiger Zeit herunter gekommen und legte zum Portier, er komme gleich wieder. Die Untersuchung der Polizei bewies sich auf Grund der Annahme, daß es sich entweder um einen Raubmord oder um das Verbrechen eines Selbstmordes handelte.

Feinste jüdische Selchwacen- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Schwartzschwarz und Weißschwarz
Wurstwarengeschäft
Kassonbäckerei, Konditorei, Wurst- und Likör
Produits Schmid
78, Boulevard de Strasbourg, 8, 700 St. Leoben
Paris, bei Baro de l'Est
Telefon 4 Lianen vorzählt unter 9072885 93-14

Einzig und Ausschlag von Veredelung
**BRILLANTEN . GOLD
SILBERWAREN . UHREN**
Spezial- Liebesgaben-Verkäufe
BETTER, 19, FAUBOURG MONTMARTRE
MAN SPROUCH DEUTSCH

Wagen gewonnener Abreise
ZU VERKAUFEN
Iund de vom, Magar, Radio, Phonos, phingr.
und optisch. Appat Auf einem beiten Boulev.
preis. Einahme 15 000 Fr. monatlich. Miets-
kontr. 4 J. Mietz 4000 Fr. Preis 9000 Fr. mit
60 00 Fr. bar. Spezialkennzeichen nicht erlöschlich.
Zusätzl. an Publ. No 11, 11, rue Turin, No. 6254

Das am besten in Stand gehaltene
Haus in Paris Tare Buttes Chaumont
1 Z. Vorzim. Küche, Badez. 2 900 Fr.
2 Z. Vorzim. Küche, Badez. 1 900 Fr.
Zentralheizung, Heißes Wasser, Fahr-
stuhl, Telefon, Autom. Müllschlucker
9, rue de l'Atlas . Métro Belleville

